

Polizei

Ausführliches Branchenbild aus dem Risikoobservatorium der DGUV

1 Hintergrund

Die Anforderungen an die Polizei sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Ursachen sind die geänderte Sicherheitslage mit der akuten Bedrohung durch Terrorismus [1], eine zunehmende Gewaltkriminalität [2], zunehmende Cyberkriminalität [3], die verstärkte Zuwanderung von Geflüchteten und eine Ausbreitung extremistischer und/oder verfassungsfeindlicher Gruppierungen wie die der „Reichsbürger“ oder der „Selbstverwalter“ [1]. Zudem erfordern politische, sportliche oder kulturelle Großevents aufgrund der erhöhten Torgefahr und einer wachsenden Anzahl gewaltbereiter Menschen eine deutlich verstärkte Absicherung [z. B. 1].

Zur Bewältigung all dieser Aufgaben arbeiteten in Deutschland 2016 insgesamt etwa 260 000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) [4], davon etwa 220 000 PVB in den Länderpolizeien [5], etwa 35 000 PVB (inkl. Anwärterstellen) in der Bundespolizei [6] und ca. 3000 Kriminalbeamtinnen und -beamten im Bundeskriminalamt (BKA) [7]. Zudem gab es 2016 insgesamt knapp 40 000 Angestellte im Polizeidienst bei der Bundespolizei, im BKA und innerhalb der Länderpolizeien (einschließlich der verschiedenen Landeskriminalämter) [4]. Versicherte der gesetzlichen Unfallversicherung sind nur die Angestellten im Polizeidienst. Wenn auch Beamtinnen und Beamte bei Arbeits- und Wegeunfällen sowie arbeitsbedingten Erkrankungen keinen Anspruch auf Leistungen von den Unfallversicherungsträgern haben, sind sie laut Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG; §2) dennoch bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen bei der Arbeit und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren einschließlich Maßnahmen der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu berücksichtigen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich deshalb auch auf die Gruppe der Verbeamteten, insbesondere, wenn konkrete Zahlen zum Beleg von Entwicklungen vor allem für diese Beschäftigten vorliegen.

Die Polizeidichte ist im dünner bevölkerten Osten Deutschlands deutlich höher (308 Polizistinnen und Polizisten pro 100 000 Einwohner) als im dichtbesiedelten Westen (250 Polizistinnen und Polizisten pro 100 000 Einwohner). Während Berlin 2016 einen Spitzenwert von 473 Polizistinnen und Polizisten pro 100 000 Einwohner aufweisen konnte, bildete Nordrhein-Westfalen (NRW) als das am dichtesten besiedelte Bundesland das Schlusslicht mit weniger als 224 Polizistinnen und Polizisten pro 100 000 Einwohner [8]. Die höchsten Anteile von Angestellten im Polizeidienst gibt es in Berlin (17,5 %), bei der Bundespolizei (15,6 %), in Hessen (15,2 %), in Sachsen (14,8 %) und Niedersachsen (14,4 %) [4].

Aufgaben der Länderpolizeien sind im Wesentlichen Ermittlungen in Fällen von ordnungswidrigen und strafbaren Handlungen, Gefahrenabwehr, Notfallhilfe, Verbrechensprävention und die Verkehrsüberwachung. PVB der Länderpolizei arbeiten in der Schutzpolizei (inkl. Verkehrspolizei), Kriminal-, Bereitschafts- oder Wasserschutzpolizei [9].

Aufgaben der Bundespolizei sind der Grenzschutz (auch auf See und außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets), der Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Bahnverkehrs, die Luftsicherheit, der Schutz von Objekten des Bundes (z. B. Bundeskanzleramt) und Kriminalitätsbekämpfung. Zudem unterstützt die Bundespolizei die Länderpolizeien bei der Sicherung von Großveranstaltungen und übernimmt polizeiliche Aufgaben im Notstands- und Verteidigungsfall [10].

Das BKA übernimmt Ermittlungen in bestimmten Bereichen internationaler und schwerer Kriminalität (z. B. Handel mit Waffen oder Betäubungsmitteln, Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, international organisierter Terrorismus und schwere Computersabotage), bekämpft internationale Kriminalität, schützt Mitglieder der Verfassungsorgane des Bundes und übernimmt den Zeugenschutz in eigenen Verfahren. Das BKA ist auch die Zentralstelle der deutschen Polizei, übernimmt Verwaltungsaufgaben und unterstützt die Polizeibehörden von Bund und Ländern [11].

Angestellte im Polizeidienst werden überwiegend für Verwaltungstätigkeiten im Innendienst eingesetzt (z. B. Sachbearbeitung wie Aufnahme von Anzeigen und Abwicklung von Ordnungswidrigkeiten, Personalwesen, Bestellwesen, Öffentlichkeitsarbeit). Sie können einfache Ermittlungsaufgaben durchführen, Tatorte absichern, den ruhenden Verkehr regeln, in Leitstellen arbeiten und Notrufe entgegennehmen, den Fuhrpark managen und zur Objektsicherung eingesetzt werden [12; 13]. Sie übernehmen im Wesentlichen nicht hoheitliche Aufgaben und entlasten dadurch die PVB. Auch IT-Abteilungen sind ein sehr wichtiger Arbeitsbereich von Angestellten im Polizeidienst. Zudem werden Angestellte im Polizeidienst in polizeieigenen Werkstätten zur Prüfung, Wartung und Instandsetzung von z. B. Lkw, Pkw oder Waffen der Polizei eingesetzt.

Tabelle 1 zeigt, welche aktuellen Trends und Entwicklungen die Branche „Polizei“ hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit in der nahen Zukunft beeinflussen werden. Diese Einschätzungen wurden im Rahmen des Risikoobservatoriums der DGUV erhoben und stammen von Aufsichtspersonen und anderen Präventionsfachleuten der gesetzlichen Unfallversicherung¹.

Tabelle 1 Rangreihung der bedeutsamsten Entwicklungen im Hinblick auf den Arbeitsschutz der nahen Zukunft in der Branche „Polizei“ als Ergebnis der Befragungsstufe 2 des Risikoobservatoriums der DGUV, 2017

| Rang | Entwicklung |
|------|--|
| 1 | Körperliche Gewalt bei versicherten Tätigkeiten |
| 2 | Arbeitsverdichtung, längere Arbeitszeiten und Verantwortungsausweitung |
| 3 | Emotionale Anforderungen bei versicherten Tätigkeiten |
| 4 | Fehlende gesellschaftliche und/oder finanzielle Anerkennung |
| 5 | Raubüberfälle, terroristische Anschläge und Amokläufe |
| 6 | Verfall von Lohn-, Sozial- und Wertestandards |
| 7 | Interkulturelle und sprachliche Anforderungen |
| 8 | Fachkräftemangel |
| 9 | Seelische Gewalt |

¹ Es gibt zwei Befragungsstufen. Die Präventionsfachleute bewerten in Stufe 1 die Bedeutung von circa 40 Entwicklungen ihrer Branche auf einer Skala von 1 bis 9. Durch statistische Berechnungen (Bildung von Konfidenzintervallen um die Mittelwerte), die berücksichtigen, wie eng die Bewertungen einzelner Entwicklungen beieinanderliegen, werden die bedeutendsten Entwicklungen extrahiert. Ihre Anzahl kann je nach Branche (deutlich) variieren. In Stufe 2 bilden die Präventionsfachleute aus diesen wichtigsten Entwicklungen eine endgültige Rangreihe.

| Rang | Entwicklung |
|------|--|
| 10 | Demografischer Wandel und unausgewogene Altersstruktur |
| 11 | Cyberangriffe auf digitalisierte Systeme |
| 12 | Migration von Krankheitserregern |

Einige der aufgeführten Entwicklungen wie beispielsweise das Erleben körperlicher Gewalt, Verwicklung in terroristische Anschläge oder Ansteckungsgefahr durch Migration von Krankheitserregern betreffen in einem stärkeren Ausmaß PVB im Außendienst als Angestellte im Polizeinnendienst. Dennoch ist eine direkte Betroffenheit bei Angestellten mit Bürgerkontakt nicht auszuschließen. Zudem ergibt sich beispielsweise durch eine höhere Gewaltbereitschaft gegen Polizistinnen und Polizisten, verstärkte Terrorbekämpfung und stark ansteigende Cyberkriminalität bei einer ohnehin zu knapp bemessenen Personaldichte auch für Angestellte im Polizeidienst ein teils erheblicher Mehraufwand durch Ermittlungs- und Verwaltungsarbeit. Angestellte im Polizeidienst identifizieren sich genauso wie PVB mit ihrem Arbeitgeber „Polizei“ und bilden sich daher ebenfalls eine Meinung zum Grad der Wertschätzung, die Politik und Gesellschaft der Institution „Polizei“ entgegenbringen. Dies kann ihre Motivation und Zufriedenheit mit ihrem Beruf erheblich beeinflussen. Lob und Dankbarkeit stellen – besonders in helfenden Berufen – eine wichtige Ressource für Beschäftigte dar [14].

2 Politisch-gesellschaftlich bedingte neue berufliche Anforderungen

2.1 Arbeitsverdichtung, längere Arbeitszeiten und Verantwortungsausweitung

Die Aufgaben der Polizei, die mit vermehrten Cyberattacken, einer gestiegenen Terrorismusgefahr und mit der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten einhergehen, sind zeitintensiv und relativ neu. Zahlen der Gewerkschaft der Polizei (GDP) belegen, dass die Polizei in Deutschland im Jahr 2017 22 Millionen Überstunden geleistet hat. Dies entspricht der Arbeitskraft von 9000 Polizistinnen und Polizisten der Länder und 900 Kräften der Bundespolizei [15; 16]. Drei Millionen Überstunden entfielen davon allein auf NRW. Damit lag das Bundesland über dem Bundesdurchschnitt. Dies sei eine Konsequenz der Silvesternacht 2015/2016 in Köln, in deren Folge mehr Personal für Einsätze verplant wurde als zuvor [17]. Aufgrund der starken Arbeitsverdichtung berichten Polizistinnen und Polizisten beispielsweise, dass sie aus Zeitmangel nicht an Fortbildungen und/oder Dienstsport teilnehmen können. Dadurch werden z. B. Eigensicherungs- und Festnahmetechniken sowie Entscheidungen über Schießen/Nichtschießen nicht häufig genug eingeübt, um routiniert und automatisiert ablaufen zu können [18].

2.1.1 Cyberkriminalität

Cyberkriminalität hat in den letzten Jahren stark zugenommen [19]. Digitale Schwarzmärkte finden sich im Clear-, Deep- und Darknet. Illegale Marktplätze bieten z. B. illegale Drogen, Waffen, Falschgeld, gefälschte Ausweise und Markenartikel, Kreditkartendaten und Kinderpornografie. Zudem wird mit Software gehandelt („Cybercrime as a service“), mit der auch Laien Cyberstraftaten begehen können, z. B. durch die Nutzung von Botnetzen oder Ransomware [3]. In den vergangenen zehn Jahren ist die Verbreitung von Malware exponentiell angestiegen. Im Jahr 2012 waren bereits 100 Millionen Varianten von Malware bekannt. Bis August 2016 hat die Zahl sich mehr als verfünffacht: auf 560 Millionen verschiedene Malwarevarianten. Ransomware als eine Art der Malware verbreitete sich 2016 besonders stark in Deutschland [20]. Das sogenannte „Internet of Things“ (IoT) bietet der

Cyberkriminalität weitere Angriffsflächen, sodass sie wohl noch weiter wachsen wird: Sowohl im privaten Bereich (z. B. in sogenannten „Smart Homes“) als auch im gewerblichen Bereich (z. B. in der Industrie 4.0) werden immer mehr intelligente Endgeräte verknüpft, die Einfallstore für Cyberattacken darstellen [20]. Im Oktober 2017 berichtete Bitkom, dass die Hälfte (49 %) aller Internetnutzer in Deutschland in den vergangenen zwölf Monaten Opfer von Cyberkriminalität wurde [21] sowie jedes fünfte mittelständische Unternehmen (19 %) im Jahr 2016 [22]. 43 % aller Internetnutzer in Deutschland berichteten eine Infizierung ihres Computers mit Malware – bei 19 % wurden Zugangsdaten zu Onlinediensten gestohlen, 18 % berichten, dass ihre persönlichen Daten illegal genutzt wurden, 16 % wurden beim Online-Shopping oder Online-Banking betrogen, 8 % massiv beleidigt und 5 % sexuell belästigt [21]. Bei 54 % der Opfer von Cyberkriminalität entstand ein finanzieller Schaden [21].

Aufgrund der relativ geringen Anzahl von Computer- und Internetkriminalisten („Cybercops“), die aktuell dem kriminellen Potenzial im Netz gegenüberstehen, suchen die Polizei händierend mehr IT-Spezialisten [z. B. 23; 24]. Aufgabe der Cybercops ist es z. B. auch, das Internet auf verfassungsfeindliche Seiten, Hass-Postings und kinderpornografische Inhalte zu durchsuchen und deren Entfernung durchzusetzen [25].

2.1.2 Veränderte Sicherheitslage und Terrorismusbekämpfung

Die Terrorismusbekämpfung hat in Deutschland in den letzten Jahren deutlich an Gewicht gewonnen. Extremistische Gruppierungen in Deutschland erzielten im Vergleich zum Vorjahr Zuwächse: 2016 lebten 9700 Salafisten (2015: 8350) [26], 2017 25 250 Rechtsextremisten (2016: 24 350) [27] und 29 500 Linksextremisten (2016: 28 500) [28] in Deutschland – um die größten extremistischen Bewegungen zu nennen. Zu den verfassungsfeindlichen „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ gehörten im September 2018 etwa 19 000 Personen [29]. Im September 2017 gab es 734 als Gefährder eingestufte Personen (700 aus der islamistischen Szene, 30 aus der rechtsextremistischen und 4 aus der linksextremistischen Szene) [30]. Trotz der Anstrengungen der verschiedenen Polizeien auf nationaler und internationaler Ebene und verschiedener Erfolge bei der Terrorabwehr [z. B. 1; 31; 32] konnten nicht alle Terroranschläge verhindert werden. Zwischen 2015 und 2016 nahmen rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten um 13,6 % zu; die Gewalttaten im Bereich „politisch motivierte Ausländerkriminalität mit extremistischem Hintergrund“ stiegen sogar um 81,7 % [1]. Von 2016 auf 2017 sanken die rechtsextremistisch motivierten fremdenfeindlichen Gewalttaten wieder um 35 % [33]. Linksextremistisch motivierte Gewalttaten nahmen „mangels Ereignissen, die Linksextremisten zu großen überregionalen Protestdemonstrationen nutzen konnten“ zwischen 2015 und 2016 um 25,3 % ab [1]. Von 2016 auf 2017 nahmen sie jedoch wieder um 37,2 % zu [33]. Die zeitintensive Überwachung von Gefährdern ist Aufgabe der Länderpolizeien. Im BKA in Berlin werden Informationen aus den einzelnen Bundesländern gesammelt, analysiert und zusammengefügt [34].

2.1.3 Zunehmende Migration und Auswirkungen der Flüchtlingskrise

Seit 2006 nahm die Zahl der Asylbewerber in Deutschland von 30 100 stetig zu bis zu einem Spitzenwert von 745 545 im Jahr 2016. Im Folgejahr sank die Zahl der Asylbewerber wieder drastisch auf 168 306 (Stand bis September 2017 einschließlich) [35]. Die drei Hauptherkunftsländer waren 2017 Syrien, Irak und Afghanistan [36]. Zur Registrierung der Einwanderer und zur Eindämmung der illegalen Einreise führte Deutschland im September 2015 wieder Kontrollen aller Binnengrenzen, besonders der zu Österreich, ein. Grenzschutz ist Aufgabe der Bundespolizei und führte innerhalb kürzester Zeit zur Anhäufung von Überstunden [37]. Mehrarbeit für die Länderpolizeien entstanden u. a. durch den Schutz von Flüchtlingsheimen. Dieser wurde verstärkt nötig, da die Zahl der Attacken auf Asylunterkünfte von 2014 auf 2015 von 199 auf 1005 stieg, also um das Fünffache [38]. 2016 blieb die Zahl etwa unverändert. 2017 kam es zu etwa 264 Attacken, sodass ihre Häufigkeit sich wieder dem Niveau vor der Flüchtlingskrise annähert [39]. Die Länderpolizeien

greifen auch ein, wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen Geflüchteten kommt. Infolge des starken Flüchtlingszustrom stieg der Verwaltungsaufwand bei der Registrierung von Asylbewerbern, der Einleitung von Ermittlungen wegen illegaler Grenzübertritte [40] und der Einleitung von Strafverfahren wegen Angriffen auf Asylunterkünfte.

2.1.4 Vermehrte Anzeigen der Polizei aufgrund von Widerstand gegen PVB

Zwischen 2015 und 2016 kam es zu einer Steigerung von 11,3 % hinsichtlich des Widerstandes gegen PVB [2] und damit zu einer erhöhten Zahl von Anzeigen durch die Polizei selbst. Von 2016 auf 2017 betrug die Steigerung nochmals 1,1 % [41].

Eine Aufgabe der Polizei ist z. B. die Gewährleistung eines friedlichen Verlaufs von Demonstrationen [42]. Politische Demonstrationen haben in den letzten drei Jahren in Deutschland zugenommen; häufig begleitet von Gegendemonstrationen und Ausschreitungen auf beiden Seiten. Beispielsweise machte die 2014 gegründete rechtspopulistische Vereinigung „Pegida“ in Dresden seither an zahlreichen Terminen vom Recht der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit Gebrauch. Nach dem Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 kam es vermehrt zu Spannungen zwischen den in Deutschland lebenden türkischen Nationalisten und den kurdischstämmigen PKK-Anhängern [43]. Beim G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg kam es zu teils massiven Ausschreitungen, vorwiegend durch Linksradikale.

Bei Sportveranstaltungen haben die Ultrabewegungen im Fußball das größte Potenzial für Auseinandersetzungen mit der Polizei. In der Saison 2016/2017 gab es 10567 gewaltbereite/-geneigte Fans und 3643 gewaltsuchende Fans in den ersten drei Ligen [44]. Mit der Sicherung der Fußballspiele der ersten drei Ligen allein waren in der Saison 2016/2017 1362 Polizeibeamtinnen und -beamte (1087 aus den Polizeien der Länder und 275 der Bundespolizei) hauptamtlich beschäftigt [44].

3 Strukturelle, demografische und gesellschaftliche Bedingungen der Polizeiarbeit

3.1 Personaldichte, Fachkräftemangel und demografischer Wandel in Polizei und Justiz

Verschiedene Fakten führen aktuell zu einem Mangel an Polizistinnen und Polizisten in Deutschland: Zwischen 1998 und 2010 kam es in den Länderpolizeien zu einem Abbau von ca. 10 000 Stellen: allein in NRW 3252 (-7,0 %), in Berlin 2905 (-14,1 %) und in Sachsen-Anhalt 1158 (-13,2 %) [45]. Seither vollzieht sich jedoch eine Trendwende; viele Bundesländer (beispielsweise NRW) streben eine Personalaufstockung an [46]. Zudem beschloss der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages 2015 im Rahmen des Asylpakets die Aufstockung der Bundespolizei um 3000 Stellen zwischen 2016 und 2018 [47]. Problematisch ist allerdings, dass die Anzahl der neugeschaffenen Stellen immer noch nicht ausreicht, um den neuen und alten Anforderungen des Polizeiberufs gerecht zu werden [z. B. 45; 48], zumal die Bewerbungen auf Stellen bei der Polizei rückläufig sind [49]. Sie reichen zudem lange nicht in allen Bundesländern aus, um die Zahl der Pensionäre zu kompensieren [50], da bereits in den letzten Jahren eine Pensionierungswelle begann. 2017 waren 49,7 % der Beschäftigten in der Polizei über 45 Jahre alt [51]. Polizistinnen und Polizisten verkraften körperliche Auseinandersetzungen in höherem Alter nicht mehr so gut. Die eigene Verletzlichkeit steigt und ältere Polizistinnen und Polizisten wollen sich nicht mehr „mit betrunkenen Jugendlichen“ und „20-jährigen aggressiven, betrunkenen, beleidigenden, provozierenden, körperlich stärkeren, ungehobelten Flegeln“ auseinandersetzen müssen [18]. Häufig wünschen sie sich, bei solchen Einsätzen „nicht mehr an vorderster Front zu stehen“, nicht mehr nachts eingesetzt zu werden sowie leichter in den Innendienst wechseln zu können [18]. Aufgrund von immer mehr Polizistinnen und Polizisten, die nicht mehr 100 % einsatzfähig sind, steigt die Belastung für die Volleinsatzfähigen.

Polizei und Justiz müssen Hand in Hand arbeiten, damit Verbrechensbekämpfung erfolgreich ist. Die Tatsache, dass die Justiz in Deutschland chronisch unterbesetzt und überlastet ist und sich diese Situation voraussichtlich noch verschärfen wird [50], bleibt nicht folgenlos für die Polizei: Gibt es trotz erfolgreicher Ermittlungsarbeit durch die Polizei aufgrund von Personalmangel in der Justiz kein Strafverfahren oder müssen Verdächtige aufgrund von Fristüberschreitungen aus der Untersuchungshaft freigelassen werden, ist das für die Polizeikräfte mehr als frustrierend. Die Überlastung der Justiz ist auch ein gravierender Grund dafür, dass Polizistinnen und Polizisten – gerade in Stadtteilen mit hoher Kriminalität und polizeibekanntem Straftäter*innen – nicht ausreichend ernst genommen werden, weil Straftaten nicht konsequent verfolgt und geahndet werden können [52]. Die Wahrscheinlichkeit für wiederholte Straftaten und wiederholt respektloses Verhalten steigt.

3.2 Fehlende finanzielle Anerkennung von Polizeiarbeit

3.2.1 Konkurrenz bei Nachwuchsrekrutierung

Bei der Gewinnung neuer Kolleginnen und Kollegen stehen die Polizeien der Länder in gegenseitiger Konkurrenz und in Konkurrenz zur Bundespolizei, da die Besoldungsmöglichkeiten unterschiedlich gut sind [z. B. 49; 53]. Einige Bundesländer versuchen dem Mangel an PVB durch die gezielte Neueinstellung von Angestellten im Polizeidienst entgegenzuwirken [z. B. 13; 54]. Jedoch bestehen besonders bei der Besetzung von IT-Stellen (i.d.R. mit Quereinsteigern in den Polizeidienst) große Schwierigkeiten, da die Gehälter im Vergleich zur Wirtschaft eher unattraktiv sind [55].

3.2.2 Qualität der Ausstattung

Die technische Ausstattung sowie die Qualität und Eignung der persönlichen Schutzausrüstungen innerhalb der verschiedenen Polizeien wurden in den letzten Jahren deutlich bemängelt [z. B. 18; 56]. Besonders die Funkgeräte der Polizei funktionieren nicht zuverlässig – eine große Gefahr, wenn infolgedessen beispielsweise Verstärkung nicht eintrifft [18]. Allerdings ist die Ausstattung von Polizistinnen und Polizisten mit Fahrzeugen, Waffen und persönlicher Schutzausrüstung (PSA) seit 2015 infolge von Terroranschlägen im europäischen Ausland deutlich verbessert worden. Die Bundesländer investierten 210 Millionen Euro im Rahmen von Anti-Terror-Paketen in die Ausstattungen ihrer Polizistinnen und Polizisten. Um die Bundespolizei vergleichbar wie die paramilitärischen ausländischen Polizeien Gendarmerie oder Carabinieri auszustatten, standen 2017 insgesamt 302 Millionen Euro bereit (2014 waren es nur rund 100 Millionen) [57]. Bemängelt wird jedoch beispielsweise weiterhin, dass es bei der realitätsnahen Gestaltung von Trainings aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen zu Einbußen kommt und Übungen zu selten durchgeführt werden, um Verhaltensweisen und Techniken routiniert abspulen zu können [18].

3.3 Verfall von Wertestandards

3.3.1 Missbräuchliche Nutzung der Notrufnummer 110

Die missbräuchliche Nutzung der Notrufnummer 110 nimmt zu. Dies ist einer der Faktoren, der die Arbeitsverdichtung erhöht und besonders auch für Angestellte im Polizeidienst relevant ist. Die Berliner Polizei berichtet beispielsweise, dass fast ein Viertel (23 %) der eingehenden Notrufe keinen Polizeieinsatz erfordern. Pro Tag handelt es sich so um 820 überflüssige Anrufe in Berlin [58]. Dies erhöht psychische Beanspruchungen, Wut, Frustration und die Notwendigkeit der Emotionsregulation bei Polizistinnen und Polizisten. Bürgern ist dabei nicht bewusst oder gleichgültig, dass die Kapazitäten der Polizei beschränkt sind und die Versorgung echter Notfälle durch ihr Verhalten gefährdet ist.

3.3.2 Zunehmende körperliche Gewalt, Feindseligkeit und Respektlosigkeit

Ein weiteres Problem und Beispiel für einen Werteverfall ist die Zunahme der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft. Zwischen 2015 und 2016 kam es in Deutschland zu einem Plus von 6,7 % bei den Gewaltdelikten, obwohl die Straftaten insgesamt nur leicht um 0,7 % anstiegen [2]. Zwar sank die Anzahl der Gewaltstraftaten von 2016 auf 2017 wieder um 2,4 % [41], bleibt aber dennoch hoch. Von der steigenden Gewaltbereitschaft sind auch Polizistinnen und Polizisten betroffen. Sie klagen außerdem über zunehmende Respektlosigkeit, Feindseligkeit und Aggressivität ihnen gegenüber [18]. 2017 waren ein Fünftel (20 %) aller vollendeten Straftaten gegen PVB Gewaltdelikte (größtenteils Körperverletzungen) [41]. Polizisten waren stärker von tätlichen Angriffen betroffen als ihre Kolleginnen [18]. Die Betroffenen empfinden es teils als belastend, wenn sie sich gezwungen sehen, selbst Gewalt anwenden zu müssen, um die Kontrolle über die Situation zu behalten und/oder sich zu schützen [18]. Knapp 80 % der PVB aus NRW mit Bürgerkontakt erlebten bereits 2011 mindestens einen nicht-tätlichen Angriff. Sie wurden angeschrien, verbal provoziert, beleidigt und bedrängt [18].

Ein Problem ist auch die wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. Allein bei Letzteren stieg die Gewaltkriminalität 2016 um 12 % auf 22 464 Tatverdächtige [2]. Polizeikräfte beschreiben vor allem den Umgang mit männlichen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen als besonders problematisch. Verschiedene Quellen heben in dem Zusammenhang Probleme mit jungen Männern mit Migrationshintergrund hervor [z. B. 18; 52; 59].

Sehr häufig sind angreifende Personen alkoholisiert oder stehen unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss [z. B. 17; 58]. 2016 spielte Alkohol bei 27,3 % aller aufgeklärten Gewaltdelikte eine Rolle [2].

Statistiken zu Gewaltdelikten gegenüber Angestellten im Polizeidienst sind nicht verfügbar. Da Angestellte im Polizeidienst jedoch im Wesentlichen im Innendienst beschäftigt sind, ist davon auszugehen, dass sie deutlich weniger direkte körperliche Gewalt als PVB im Außendienst erfahren. Dennoch könnten sie im Rahmen ihrer administrativen Aufgaben mit Bürgerkontakt ähnlich häufig gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sein, wie beispielsweise Beschäftigte mit Bürgerkontakt in Job Centern oder Stadtverwaltungen. Fast jeder zehnte (9,6 %) tätliche oder nicht tätliche Angriff auf PVB erfolgte in Diensträumen [18]. Immer wieder kommt es sehr vereinzelt auch zu schweren Angriffen auf Polizeiwachen [z. B. 61; 62]. Werden Gewaltattacken als Trauma erlebt, können sie zu einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) führen.

Auch zum Thema gehören Fälle von nicht gerechtfertigter Gewaltanwendung durch die Polizei gegenüber Bürgern und Bürgerinnen [63] sowie Fälle seelischer und/oder körperlicher Gewalt innerhalb der eigenen Reihen [z. B. 64]. Für Polizistinnen und Polizisten, die nicht gerechtfertigte Gewaltanwendung durch ihre Kolleginnen und Kollegen missbilligen, stellen solche Situationen ein großes moralisches Dilemma dar. Die Kultur innerhalb der Polizei ist geprägt dadurch, „...dass man sich nicht gegenseitig verrät, anzeigt oder anschwärzt“ [65]. Nach Aussagen gegen Kolleginnen und Kollegen müssten Polizeikräfte je nach Atmosphäre ihrer Dienststelle Mobbing und schlimmstenfalls Auswirkungen auf ihre Karriere befürchten [65].

3.3.3 Interkulturelle und sprachliche Anforderungen

Kenntnisse über andere Kulturen sowie Fremdsprachenkenntnisse sind vor allem in Ballungsgebieten und in sozialen Brennpunkten seit Jahrzehnten wesentlich für einen professionellen Umgang mit Menschen aus anderen Kulturkreisen. Im Kontext der Zuwanderung Geflüchteter sind sprachliche und interkulturelle Kompetenzen nochmal mehr gefragt. Polizistinnen und Polizisten berichten, dass es häufig, jedoch nicht immer, deeskalierend auf das Gegenüber wirkt, wenn man die gleiche Sprache spricht [66]. Auch für die Ermittlungsarbeit in der digitalen Welt sind

interkulturelle und sprachliche Kenntnisse von großem Wert, denn „Cybercrime ist transnationale Kriminalität“ [3]. Daher gehört zu erfolgreicher Ermittlungsarbeit in diesem Bereich auch immer Kooperation mit Dienststellen anderer Staaten. Fehlen Fremdsprachenkenntnisse oder interkulturelle Kenntnisse, kann dies den Arbeitsalltag u. U. erheblich erschweren und ggf. mit Gefühlen der Unzulänglichkeit und/oder Überforderung einhergehen.

4 Psychische Belastungen und Beanspruchungen

4.1 Emotionale Anforderungen und seelische Gewalt

4.1.1 Emotionsregulation im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern

Angestellte im Polizeidienst haben aufgrund ihrer überwiegenden Tätigkeit im Innendienst seltener und weniger konflikträchtigen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern als PVB, die überwiegend im Außendienst tätig sind. Aber auch sie haben Kontakt zur Bevölkerung, wenn sie Anzeigen aufnehmen, Notrufe entgegennehmen, Tatorte sichern, den ruhenden Verkehr regeln und ggf., wenn sie Objekte sichern. Diese Kontakte erfordern u. U. Emotionsarbeit, nämlich immer dann, wenn die eigenen Emotionen reguliert werden müssen.

Emotionsarbeit muss sich nicht zwangsläufig negativ auf die Gesundheit auswirken. Beispielsweise können erfolgreiche Interaktionen mit Bürgerinnen und Bürgern mit Gefühlen der Leistungserfüllung und Zufriedenheit einhergehen [67]. Immer dann, wenn die Emotionsregulation durch Oberflächenhandeln (äußerlich wird die Emotion gezeigt, innerlich aber nicht empfunden) erfolgt, kann emotionale Dissonanz, also ein Widerspruch zwischen den erlebten und den dargestellten Emotionen, entstehen. Wenn Oberflächenhandeln gegen den eigenen Willen durchgeführt wird und der eigenen Überzeugung widerspricht („faking in bad faith“), sind Gesundheitsbeeinträchtigungen und -schäden wahrscheinlich [14]. Beispiele für Situationen, in denen angestellte Polizistinnen und Polizisten ihre Emotionen regulieren müssen, sind unnötige Verständigungen der Polizei per Notruf 110, der Umgang mit aufgebracht und ggf. beleidigenden Personen oder wenn starker Ekel empfunden wird.

Emotionale Dissonanz korreliert stark mit einer verminderten Arbeitszufriedenheit [14] und steht auch in Zusammenhang mit der Entstehung von Burnout. Dauer, Intensität und Vielfalt der darzustellenden Gefühle sowie Rückzugsmöglichkeiten spielen eine Rolle dabei, ob Burnout entsteht [68]. Auch fehlende Wertschätzung erbrachter Emotionsarbeit durch den Dienstleistungsempfänger und/oder durch Vorgesetzte begünstigt emotionales Ausbrennen.

Die Notwendigkeit, Emotionen zu regulieren gepaart mit emotionaler Erschöpfung, erhöht die Wahrscheinlichkeit für Fehler und Unfälle [68]. Kopfschmerzen, Einschlafschwierigkeiten, Nervosität und Anspannung können als kurzfristige Folgen von psychischer Fehlbelastung aufgrund von Emotionsarbeit entstehen [68; 69]. Langfristig können sich erhöhter Blutdruck und gesteigerte Stoffwechselaktivität [70], muskuläre Verspannungen und Beschwerden des Verdauungstraktes einstellen [71].

4.1.2 Verantwortung für andere

Polizistinnen und Polizisten in Leitstellen müssen aufgrund der begrenzten Kapazitäten bei jedem eingehenden Anruf entscheiden, ob es sich um einen echten Notruf handelt und ob sie einen Streifenwagen losschicken oder nicht. Fehlentscheidungen wiegen mitunter schwer und kosten schlimmstenfalls Menschenleben. Für Polizistinnen und Polizisten können solche Fehlentscheidungen sehr belastend sein [18].

4.1.3 Verarbeitung indirekter Gewalterlebnisse

Indirekter körperlicher und seelischer Gewalt können Angestellte im Polizeidienst je nach Aufgabenbereich sehr wohl häufig ausgesetzt sein. Dies ist z. B. der Fall, wenn sie Datenträger mit Gewaltvideos oder kinderpornografischen Inhalten sichten und auswerten müssen. Damit einhergehende Gefühle können z. B. Machtlosigkeit, Unverständnis, Wut, Ärger, Ekel, Frustration, Gereiztheit und Anspannung sein. Psychische Ermüdung und psychische Sättigung können die Folgen sein. Eine der bedeutendsten emotionalen Belastungen der Beschäftigten der Polizei ist es, Bedürfnissen der Opfer nach Schutz aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen und bürokratischer Regelungen nicht entsprechen zu können [72]. Generell sind Beschäftigte in helfenden Berufen dadurch oft emotional sehr belastet, dass sie Hilfebedürftigen nicht in dem Maß helfen können, wie sie gerne würden.

Bei Beschäftigten, deren Verarbeitungsstrategie es ist, die Emotionsverarbeitung nach Hause zu verlagern, besteht das Risiko der Abkapselung von den anderen Familienmitgliedern. Hier fehlen dann mentale Kapazitäten, um sich mit den Bedürfnissen von Partner, Partnerin und Kindern auseinanderzusetzen [72].

4.1.4 Gewaltandrohungen gegen Familienmitglieder

Als stark belastend empfinden Polizistinnen und Polizisten Androhungen von Gewalt gegen ihre eigene Familie [18; 59]. Häufig verzichten sie auch auf Anzeigen, weil nur PVB in Sondereinsatzkommandos (SEKs), Staats- oder Verfassungsschutz eine Auskunftssperre verhängen können, d. h. ihre private Adresse nicht angeben müssen. Daher fordern Gewerkschaften, dass alle PVB im Außendienst Auskunftssperren über ihre persönlichen Daten verhängen können dürfen [59].

4.2 Fehlende gesellschaftliche Anerkennung

4.2.1 Unterstützung durch Politik und Dienstherren

Viele Polizistinnen und Polizisten fühlen sich durch Politik und Dienstherren nicht ausreichend geschützt und unterstützt [18; 59]: Der Personalmangel führt dazu, dass häufig zunächst nur ein Einsatzwagen zum Einsatzort fährt oder auch Einzelne Streife fahren und ggf. auch Einsätze übernehmen müssen. Als besonders unangenehm empfunden sowie objektiv gefährlich sind Einsätze z. B. immer dann, wenn die Einsatzkräfte zahlenmäßig unterlegen sind und Verstärkung infolge des Personalmangel (zu) lange braucht, bis sie eintrifft [18; 59]. Dies ist besonders in ländlichen Gegenden ein Problem. Mit der personellen Unterbesetzung gehen Gefühle des Kontrollverlusts, der Hilflosigkeit und Angst um die eigene Unversehrtheit und die der Kolleginnen und Kollegen einher [18]. Des Weiteren fühlen Polizistinnen und Polizisten sich bei Anzeigen, z. B. wegen Beleidigung, durch ihre Dienstherren nicht unterstützt. Die Unterbesetzung der Justiz führt zu weiterer Frustration und Motivationsverlust (s. o) [18].

4.2.2 Image der Polizei in der Bevölkerung

Polizistinnen und Polizisten genießen zwar nicht so ein großes Vertrauen wie die Spitzenreiter „Feuerwehrleute“, schaffen es aber immerhin auf Platz 8 unter 32 ausgewählten Berufsgruppen: 81,4 % der Bevölkerung vertrauen der Polizei [73]. Allerdings kratzen Berichte über fragwürdiges Verhalten von Polizeikräften gegenüber Bürgerinnen und Bürgern (vgl. oben) am Image der Polizei als Freund und Helfer [74]. Migranten aus Ländern mit autoritären Regimen, in denen ggf. auch Korruption innerhalb der Polizei weit verbreitet ist und in denen die Polizei bürgerfeindlich handelt, haben aufgrund ihrer negativen Erfahrungen häufig Vorurteile auch gegenüber der deutschen Polizei [75]. Bürgernähe ist daher ein erklärtes Ziel der Polizei – auch um Vertrauen zu schaffen [z. B. 48]. Pauschale Beleidigungen und Anfeindung aus o. g. Gründen können bei den Polizistinnen

und Polizisten z. B. Ärger, Frust und Gefühle der ungerechten Behandlung hervorrufen. Es kommt zu einer „... Abstumpfung des Umganges mit den Bürgern, Resignation, was Bemühungen im Dienst angeht, und [einer] deutliche[n] Verkürzung der eigenen Geduld.“ [18].

5 Physische Belastungen und Beanspruchungen

5.1 Infektion mit Krankheitserregern

5.1.1 Spuckattacken

Polizisten und Polizistinnen werden häufiger bespuckt, als man vermuten möchte. Offizielle Statistiken gibt es nicht. Zahlen aus Hamburg aus dem Jahr 2014 besagen aber, dass die Polizeikräfte dort innerhalb von 90 Tagen 75 Mal bespuckt wurden [76]. PVB aus NRW berichten, dass es bei 27,9 % der von ihnen erlebten tätlichen Angriffe zum Kontakt mit Körperflüssigkeiten (z. B. durch Spucken) kam und 5,3 % dieser Angriffe aus Beißen bestanden – von Menschen ausgehend [18]. Es ist davon auszugehen, dass PVB aufgrund ihrer Außendiensttätigkeiten häufiger davon betroffen sind als Angestellte im Polizeieinnendienst. Über den Speichel können Krankheiten übertragen werden. Daher gibt es in einigen Bundesländern wie beispielsweise Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz bereits Spuckschutzhauben für PVB im Streifendienst [76-78].

5.1.2 Kontakt mit Menschen aus Sammelunterkünften

Immer wenn viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, besteht ein erhöhtes Risiko der Verbreitung von Infektionskrankheiten. Dies ist im Besonderen der Fall, wenn Geflüchtete, die oft bereits eine lange Reise aus Kriegsgebieten ohne ausreichende Versorgung mit Wasser, sanitären Anlagen und ärztliche Versorgung hinter sich haben, in Sammelagern zusammenleben. Zwar sind in Deutschland medizinische Untersuchungen von Geflüchteten gesetzlich vorgesehen, allerdings lassen sich manche Erkrankungen erst nach einer Latenzzeit (z. B. nach Eingang von Laborbefunden) feststellen. Je enger der Kontakt zu kranken Personen oder ihren persönlichen Gegenständen, desto höher das Ansteckungsrisiko [79].

6 Fazit

Die Anforderungen an die Polizei sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die größten zusätzlichen Aufgaben sind aktuell und wohl auch zukünftig die Bekämpfung von Cyberkriminalität und Terrorismus. In der gleichen Zeit ist der Personalbestand nur leicht gewachsen. Zudem besteht ein Fachkräftemangel, ausgelöst durch den demografischen Wandel und eine hohe Konkurrenz um Bewerberinnen und Bewerber auf dem Arbeitsmarkt. Folgen sind hohe psychische und physische Beanspruchungen des vorhandenen Personals durch Arbeitsverdichtung, Verantwortungsausweitung und Überstunden. Die Politik ist gefordert, eine angemessene finanzielle Grundlage für staatliche Aufgaben zu schaffen und die Polizeien durch Personalaufstockungen und ein funktionierendes Zusammenspiel mit der Justiz zu entlasten.

Zeitmangel ist ein grundsätzliches Problem. Polizistinnen und Polizisten nehmen teils als Folge des akuten Personalmangels nicht am Dienstsport teil, besuchen keine Fortbildungen oder bekommen diese nicht genehmigt [18]. Zeitmangel und zu knappe Budgets sind auch ursächlich für die zunehmende Praxis der Polizei, private Unternehmen sogar mit hoheitlichen Aufgaben, auch in sensiblen Bereichen, zu beileihen [80; 81]. Die Gewährleistung der Sicherheit der Gesellschaft und ihrer Bürger, ureigene Aufgabe der Polizei, wird damit in Teilen aufs Spiel gesetzt.

Die seit Jahren bestehende knappe Personalausstattung fördert bei den Betroffenen auch das Gefühl fehlender Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit der Polizei [82]. Polizistinnen und

Polizisten fühlen sich durch ihre Behörde und die Politik alleine gelassen [18]. Und auch die Gesundheit leidet: 39 % der in Berlin befragten Polizistinnen und Polizisten halten es für sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich, dass sie aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden müssen [82]. Mehr als drei Viertel der PVB in der Bundespolizei bewerteten den dienstlichen Belastungsgrad bereits 2010 als hoch oder sehr hoch [56]. Durch die Aufteilung der polizeilichen Aufgaben auf mehr Personal innerhalb der Polizei könnten Arbeitsbedingungen sowie der Schutz der Bevölkerung deutlich verbessert werden. Gepaart mit einer verbesserten Bezahlung sowie vermehrter Wertschätzung durch Behörden, Gesellschaft und Politik könnte auch die Attraktivität des Polizeiberufs in der Bevölkerung wieder steigen.

Zu einem wesentlichen Teil tragen gesellschaftliche Missstände ursächlich zur beschriebenen Faktenlage bei. Am Ende der Kette stehen Polizist und Polizistin, auf deren Arbeit sich das Klima einer Gesellschaft direkt auswirkt. Daher ist die Politik auch gefordert, die gesellschaftliche Gesamtsituation zu verbessern. Fühlen Menschen sich angenommen und mit ihren Ideen und ihrer Arbeit gewürdigt, verringert sich das kriminelle Potenzial einer Gesellschaft. Das wiederum entlastet die Polizei.

Viele Faktoren, die zu den oben beschriebenen Belastungen der Beschäftigten in der Branche Polizei führen können, entziehen sich dem Einfluss der gesetzlichen Unfallversicherung. Sie kann jedoch beispielsweise durch Beratung, Information und Lobbyarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die politisch zuständigen Instanzen einwirken.

Die hier vorgestellten Ergebnisse lassen sich auch als knappe [Zusammenfassung](#) herunterladen.

7 Literatur

- [1] Verfassungsschutzbericht 2016. Hrsg.: Bundesministerium des Innern, Berlin
<https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2016.pdf> (abgerufen am 19.10.2017)
- [2] Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2016. Hrsg.: Bundesministerium des Innern, Berlin 2017
https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2016/pks2016_node.html (abgerufen am 13.10.2017)
- [3] Cybercrime. Bundeslagebild 2016. Hrsg.: Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2016
<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Cybercrime/cybercrimeBundeslagebild2016.html;jsessionid=5A1C98EB2A777A182327DB42EC90E1AD.live2302?nn=28110> (abgerufen am 3.11.2017)
- [4] Finanzen und Steuern. Personal des öffentlichen Dienstes 2016. Hrsg.: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2017
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/PersonaloeffentlicherDienst2140600167004.pdf?__blob=publicationFile
- [5] Anzahl der Polizisten in Deutschland 2016
<http://www.einstellungstest-polizei-zoll.de/anzahl-der-polizisten/>, 30.9.2016 (abgerufen am 19.10.2017)
- [6] Zahlen, Daten, Fakten. Hrsg.: Bundespolizei 2017
https://www.bundespolizei.de/Web/DE/05Die-Bundespolizei/07Daten-Fakten/Daten-Fakten_node.html;jsessionid=8DC55EFF96528B226E33C83F01E22128.1_cid289 (abgerufen am 25.10.2017)
- [7] Fakten und Zahlen. Hrsg.: Bundeskriminalamt 2017
https://www.bka.de/DE/DasBKA/FaktenZahlen/faktenzahlen_node.html (abgerufen am 25.10.2017)

- [8] Umfrage zur Personaldichte. Im Osten gibt es die meisten Polizisten. Hrsg.: n-tv.de 2016
<http://www.n-tv.de/politik/Im-Osten-gibt-es-die-meisten-Polizisten-article16782521.html>,
16.1.2016 (abgerufen am 19.10.2017)
- [9] Landespolizeien. Hrsg.: Handke Media UG 2017
<http://www.polizist-werden.de/polizei-organisation/landespolizeien/> (abgerufen am
25.10.2017)
- [10] Unsere Aufgaben. Hrsg.: Bundespolizei 2017
https://www.bundespolizei.de/Web/DE/03Unsere-Aufgaben/unsere-aufgaben_node.html
(abgerufen am 25.10.2017)
- [11] Unsere Aufgaben Hrsg.: Bundeskriminalamt 2017
https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/unsereaufgaben_node.html (abgerufen am
25.10.2017)
- [12] Angestellte im Polizeidienst Hrsg.: Akademie der Polizei Hamburg
<http://akademie-der-polizei.hamburg.de/angestellte-bei-der-polizei,page-3/> (abgerufen am
8.11.2017)
- [13] Angestellte sollen Personallücke bei Bremer Polizei schließen. Hrsg.: polizistmensch.de
<https://polizistmensch.de/2016/02/angestellte-sollen-personalluecke-bei-bremer-polizei-schliessen/>,
23.02.2016 (abgerufen am 8.11.2017)
- [14] Nerdinger, F. W.: Emotionsarbeit im Dienstleistungsbereich. report psychologie 37 (2012)
Nr. 1, S. 8-18
- [15] Gewerkschaft der Polizei. Polizisten sammelten im Schnitt 53,3 Überstunden an. Hrsg.: Zeit
Online 2018
[https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/gewerkschaft-polizei-ueberstunden-
2017](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/gewerkschaft-polizei-ueberstunden-2017), 05.01.2018 (abgerufen am 15.11.2018)
- [16] Braun, J.: GdP meldet Rekord-Überstunden bei der Polizei 2017
<https://www.berlinjournal.biz/gdp-rekord-ueberstunden-polizei/>, 31.1.2017 (abgerufen am
26.10.2017)
- [17] NRW-Polizeigewerkschaft beklagt Überstunden-Rekord. Hrsg.: WDR 2017
<http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/polizei-nrw-ueberstunden-100.html>, 31.1.2017
(abgerufen am 26.10.2017)
- [18] Jäger, J.; Klatt, T.; Bliesener, T.: NRW-Studie. Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und
Polizeibeamte. Abschlussbericht., Kiel 2013
[https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-
11/131202_NRW_Studie_Gewalt_gegen_PVB_Abschlussbericht.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/131202_NRW_Studie_Gewalt_gegen_PVB_Abschlussbericht.pdf) (abgerufen am
18.10.2017)
- [19] Polizeilich erfasste Fälle von Cyberkriminalität im engeren Sinne* in Deutschland von 2000
bis 2016. Hrsg.: Statista.com 2017
[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/295265/umfrage/polizeilich-erfasste-faelle-von-
cyberkriminalitaet-im-engeren-sinne-in-deutschland/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/295265/umfrage/polizeilich-erfasste-faelle-von-cyberkriminalitaet-im-engeren-sinne-in-deutschland/) (abgerufen am 3.11.2017)
- [20] Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2016. Hrsg.: Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik (BSI), Bonn 2016
[https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Lageberichte/Lageber-
icht2016.pdf;jsessionid=196B4FD367F660953E9A0F0C3152A228.2_cid360?__blob=publi-
cationFile&v=5](https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Lageberichte/Lagebericht2016.pdf;jsessionid=196B4FD367F660953E9A0F0C3152A228.2_cid360?__blob=publicationFile&v=5) (abgerufen am 3.11.2017)
- [21] Cybercrime: Jeder zweite Internetnutzer wurde Opfer Hrsg.: Bitkom, Berlin
[https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Cybercrime-Jeder-zweite-Internetnutzer-
wurde-Opfer.html](https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Cybercrime-Jeder-zweite-Internetnutzer-wurde-Opfer.html) 10.10.2017 (abgerufen am 3.11.2017)

- [22] Im Visier der Cyber-Gangster. So gefährdet ist die Informationssicherheit im deutschen Mittelstand. Hrsg.: Pricewaterhouse Coopers Deutschland 2017
<https://www.pwc.de/de/mittelstand/informationssicherheit-im-deutschen-mittelstand.html>, 15.2.2017 (abgerufen am 3.11.2017)
- [23] LKA stellt 36 neue IT-Spezialisten in NRW zum Kampf gegen Cyberkriminalität ein. Hrsg.: NRW.jetzt 2017
<https://nrwjetzt.de/lka-stellt-36-neue-it-spezialisten-in-nrw-zum-kampf-gegen-cyberkriminalitaet-ein/>, 27.3.2017 (abgerufen am 10.11.2017)
- [24] Cyber-Kompetenzzentrum im Landeskriminalamt. Hrsg.: Bayrisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr 2014
<https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2014/37/index.php>, 29.1.2014 (abgerufen am 10.11.2017)
- [25] Mayr-Eisinger, G.; Pfeifer, H. Hrsg.: BR 2017
<http://www.br.de/nachrichten/hasskommentare-razzia-100.html>, 20.06.2017 (abgerufen am 21.11.2017)
- [26] Islamistisches Personenpotenzial. Hrsg.: Bundesamt für Verfassungsschutz 2018
<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/islamistisches-personenpotenzial-2016> (abgerufen am 15.11.2018)
- [27] Rechtsextremistisches Personenpotenzial. Hrsg.: Bundesamt für Verfassungsschutz 2018
<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/rechtsextremistisches-personenpotenzial-2017> (abgerufen am 15.11.2018)
- [28] Linksextremistisches Personenpotenzial. Hrsg.: Bundesamt für Verfassungsschutz 2018
<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/zahlen-und-fakten-linksextremismus/linksextremistisches-personenpotenzial-2017> (abgerufen am 15.11.2018)
- [29] Aktuelle Zahlen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ Hrsg.: Bundesamt für Verfassungsschutz 2018
<https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2018-007-reichsbuerger-selbstverwalter-aktuelle-zahlen-september-2018>, 30.09.2018 (abgerufen am 15.11.2018)
- [30] Anzahl der in Deutschland bekannten Gefährder nach Richtung im September 2017. Hrsg.: Statista.com 2017
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/748987/umfrage/gefaehrder-in-deutschland-nach-richtung/> (abgerufen am 25.10.2017)
- [31] „Schweren Terroranschlag in Deutschland verhindert“. Hrsg.: Handelsblatt.com 2017
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/festnahme-eines-syrers-schweren-terroranschlag-in-deutschland-verhindert/20524116.html>, 31.10.2017 (abgerufen am 2.11.2017)
- [32] Verhaftung von Jaber Albakr : Deutschland entging nur knapp einem großen Terroranschlag. Hrsg.: Frankfurter Allgemeine 2016
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-entging-nur-knapp-einem-groessem-terroranschlag-14474885.html>, 10.10.2016 (abgerufen am 2.11.2017)
- [33] Verfassungsschutzbericht 2017. Hrsg.: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin 2018
https://www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/_vsbericht-2017.pdf (abgerufen am 15.11.2018)

- [34] Flade, F.: Neue BKA-Einheit hat Gefährder ständig im Visier. Hrsg.: Welt N24 2017
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article166234536/Neue-BKA-Einheit-hat-Gefahrder-staendig-im-Visier.html>, 4.7.2017 (abgerufen am 26.10.2017)
- [35] Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2017. Hrsg.: Statista.com 2017
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76095/umfrage/asylantraege-insgesamt-in-deutschland-seit-1995/> (abgerufen am 26.10.2017)
- [36] Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern in Deutschland im Jahr 2017*. Hrsg.: Statista.com 2017
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154287/umfrage/hauptherkunftslaender-von-asylbewerbern/> (abgerufen am 26.10.2017)
- [37] Verstärkter Grenzschutz. Bundespolizisten häufen 2,7 Millionen Überstunden an. Hrsg.: Spiegel Online 2016
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-2-7-millionen-ueberstunden-bis-ende-februar-a-1083532.html>, 22.3.2016 (abgerufen am 26.10.2017)
- [38] Diehl, J.: Gewaltwelle. BKA zählt mehr als tausend Attacken auf Flüchtlingsheime. Hrsg.: Spiegel Online 2016
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsheime-bundeskriminalamt-zaehlt-mehr-als-1000-attacken-a-1074448.html>, 28.1.2016 (abgerufen am 26.10.2017)
- [39] BKA veröffentlicht Zahlen zu den Angriffen. Weniger Angriffe auf Flüchtlingsheime – aber die Gewalt gegen Flüchtlinge bleibt. Hrsg.: Focus 2017
https://www.focus.de/politik/deutschland/bka-veroeffentlicht-zahlen-zu-den-angriffen-weniger-angriffe-auf-fluechtlingsheime-aber-die-gewalt-gegen-fluechtlinge-bleibt_id_8068721.html (abgerufen am 15.11.2018)
- [40] Polizeibeamte in Flüchtlingskrise extrem belastet. Hrsg.: Welt N24 2015
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article146684841/Polizeibeamte-in-Fluechtlingskrise-extrem-belastet.html>, 22.9.2015 (abgerufen am 26.10.2017)
- [41] Bericht zur polizeilichen Kriminalstatistik 2017. Hrsg.: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin 2018
<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2017/pks2017ImkBericht.html> (abgerufen am 15.11.2018)
- [42] Auf der Demo. Warum die Polizei bei Demonstrationen eingreift Hrsg.: polizei-beratung.de 2017
<http://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/linksextremismus/aufgaben-der-polizei/auf-der-demo/?L=0> (abgerufen am 7.11.2017)
- [43] Extremisten werden immer gewalttätiger Hrsg.: Cop2Cop.de 2017
<http://www.cop2cop.de/2017/10/05/extremisten-werden-immer-gewalttaetiger/>, 5.10.2017 (abgerufen am 10.11.2017)
- [44] Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze. Jahresbericht Fußball Saison 2016/17. Berichtszeitraum 01.07.2016 - 30.06.2017. Hrsg.: Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste 2017
https://lzpd.polizei.nrw/sites/default/files/2017-10/16_17_Jahresbericht.pdf
- [45] Frigelj, K.; Jungholt, T.; Maisch, A.: Stellenabbau schwächt Polizei im Kampf gegen den Terror. Hrsg.: Welt N24 2015
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article136466953/Stellenabbau-schwaecht-Polizei-im-Kampf-gegen-den-Terror.html>, 16.1.2015 (abgerufen am 19.10.2017)

- [46] Haushalt. NRW will weitere Lehrer, Polizisten und Richter einstellen. Hrsg.: Focus Online 2016
http://www.focus.de/regional/duesseldorf/haushalt-nrw-will-weitere-lehrer-polizisten-und-richter-einstellen_id_5699956.html, 5.7.2016 (abgerufen am 17.11.2017)
- [47] CDU/CSU: Pressemeldung 13.11.2015: Stärkung der Bundespolizei beschlossen. Hrsg.:
<https://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/staerkung-der-bundespolizei-beschlossen>
- [48] Bürgernahe Polizei – Den demographischen Wandel gestalten. Ergebnisbericht der Expertenkommission. Hrsg.: Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Hilden 2015
https://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Schutz_und_Sicherheit/150609kommissionsbericht.pdf (abgerufen am 17.11.2017)
- [49] Brüning, C.: Polizei sucht dringend Nachwuchs. Hrsg.: Welt N24 2013
https://www.welt.de/print/welt_kompakt/berlin/article118541354/Polizei-sucht-dringend-Nachwuchs.html, 31.7.2013 (abgerufen am 24.10.2017)
- [50] Bewarder, M.; Mumme, T.: Köln zeigt, was der Polizei am meisten fehlt. Hrsg.: Welt N24 2016
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article150819824/Koeln-zeigt-was-der-Polizei-am-meisten-fehlt.html>, 10.1.2016 (abgerufen am 19.10.2017)
- [51] Finanzen und Steuern. Personal des öffentlichen Dienstes. 2017. Fachserie 14 Reihe 6. Hrsg.: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/PersonaloeffentlicherDienst2140600177004.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 15.11.2018)
- [52] Gewalt und Respektlosigkeit. Polizeibeamtin klagt: „Wir verlieren immer mehr die Hoheit auf der Straße“. Hrsg.: focus.de 2015
http://www.focus.de/politik/deutschland/gewalt-und-respektlosigkeit-polizeibeamtin-klagt-wir-verlieren-immer-mehr-die-hoheit-auf-der-strasse_id_4987482.html, 2.10.2015 (abgerufen am 13.11.2017)
- [53] Darum bleibt der Polizei-Nachwuchs aus. Hrsg.: Märkische Allgemeine 2017
<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Darum-bleibt-der-Polizei-Nachwuchs-aus>, 6.5.2017 (abgerufen am 24.10.2017)
- [54] Hamburg rüstet seine Justiz und Polizei massiv auf. Hrsg.: Welt N24 2016
<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article156507897/Hamburg-ruestet-seine-Justiz-und-Polizei-massiv-auf.html>, 23.06.2016 (abgerufen am 9.11.2017)
- [55] Junginger, B.: Cyberkriminalität: Der Polizei laufen die Internet-Spezialisten davon. Hrsg.: augsburger-allgemeine.de 2014
<http://www.augsburger-allgemeine.de/neu-ulm/Cyberkriminalitaet-Der-Polizei-laufen-die-Internet-Spezialisten-davon-id31461332.html>, 26.9.2014 (abgerufen am 9.11.2017)
- [56] Strohmeier, G.; Gransow, C.: Klartext 2010: Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei (Strohmeier-Studie). Hrsg.: Technische Universität Chemnitz, Chemnitz 2011
[https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p110402/\\$file/StrohmeierStudie.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p110402/$file/StrohmeierStudie.pdf) (abgerufen am 21.11.2017)
- [57] Friedrichs, H.: Polizei: Jeder will das Sturmgewehr. Hrsg.: Zeit Online 2017
<http://www.zeit.de/2017/46/polizei-waffen-ausstattung-bundeslaender>, 8.11.2017 (abgerufen am 20.11.2017)

- [58] Holland, M.: #NoNotruf: Polizei-Kampagne gegen Notruf-Missbrauch als Erfolg gewertet. Hrsg.: heise.de 2016
<https://www.heise.de/newsticker/meldung/NoNotruf-Polizei-Kampagne-gegen-Notruf-Missbrauch-als-Erfolg-gewertet-3504931.html>, 25.11.2016 (abgerufen am 8.11.2017)
- [59] Frigelj, K.: Wo Beamte Zielscheiben in Uniform sind. Hrsg.: Welt N24 2014
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article126959656/Wo-Beamte-Zielscheiben-in-Uniform-sind.html>, 15.4.2014 (abgerufen am 13.11.2017)
- [60] Öszös, F.: Gewalt im Alkoholrausch. Bayerns Polizei 1 (2014), S. 31-33.
http://www.polizei.bayern.de/content/1/7/9/9/2/6/bp_1_2014-beitrag_gewalt_im_alkoholrausch.pdf
- [61] Vermummte verüben Anschlag auf Polizeiwache 2017
<https://www.tag24.de/nachrichten/hannover-vermummte-anschlag-polizeiwache-farbe-beworfen-einsatzkraefte-291463>, 12.7.2017 (abgerufen am 9.11.2017)
- [62] Eichstädt, S.: „Bulle, dein Duldungsstatus ist aufgehoben“. Hrsg.: Welt N24 2015
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article136179037/Bulle-dein-Duldungsstatus-ist-aufgehoben.html> (abgerufen am 9.11.2017)
- [63] Q&A Individuelle Kennzeichnungspflicht für die Polizei. Hrsg.: Amnesty International 2017
<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-10/Q%26A%20Kennzeichnungspflicht%20Sept%202017.pdf>, Oktober 2017 (abgerufen am 15.11.2017)
- [64] Neuer Skandal beim SEK. Kölner SEK-Beamte sollen Kollegen tagelang misshandelt haben. Hrsg.: Focus Online 2015
http://www.focus.de/panorama/welt/schlimmer-verdacht-koelner-sek-beamte-sollen-kollegen-tagelang-misshandelt-haben_id_4768906.html, 23.6.2015 (abgerufen am 16.11.2017)
- [65] „Kameradenverrat ist eine Todsünde“. Interview von Nadja Schlüter mit Rafael Behr. Hrsg.: jetzt.de 2017
<http://www.jetzt.de/politik/rassismus-in-der-polizei-interview-mit-dem-polizeiwissenschaftler-rafael-behr>, 8.9.2017 (abgerufen am 15.11.2017)
- [66] Schuchardt, A.: Mehr Migranten für Bayerns Polizei. Hrsg.: Bayernkurier.de 2016
<https://www.bayernkurier.de/inland/13791-mehr-migranten-fuer-bayerns-polizei/>, 23.5.2016 (abgerufen am 20.11.2017)
- [67] Zapf, D.; Machowski, S.; Trumpold, K.: Hoher Einsatz mit Nebenwirkungen. Emotionsarbeit in Serviceberufen. Personalführung 42 (2009) Nr. 6, S. 18-29
- [68] Kundel, A., Vol. 3. Arbeitsförderungsinstitut Bozen, 2010, S. 1-6
http://www.frauen-arbeit.bz.it/download/297dextTDzXHC.pdf?bcsi_scan_53dc4632274cd1ca=0&bcsi_scan_filename=297dextTDzXHC.pdf
- [69] Emotionsarbeit in personenbezogenen Dienstleistungsberufen Emotionen regulieren - erfolgreicher und gesünder arbeiten. Hrsg.: Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG)
http://www.vbg.de/SharedDocs/Medien-Center/DE/Broschuere/Branchen/Zusaetzliche_Branchen/Call_Center/Emotionsarbeit_in_personenbezogenen_Dienstleistungsberufen_CCall_Special.html (abgerufen am 29.08.2013)
- [70] Schewe, A.: Emotionsarbeit - was ein Lächeln kosten kann... 2010
<http://de.in-mind.org/article/emotionsarbeit-was-ein-laecheln-kosten-kann> (abgerufen am 27.08.2013)
- [71] Hacker, W.: Psychischen Risiken in helfenden Berufen sinnvoll begegnen. Die BKK 10 (2010), S. 542-548 <http://bis.hvbg.de/ziguv/projekt/HV1201101056.pdf>

- [72] Szymenderski, P.: Polizistinnen und Polizisten als Gefühlsarbeiter(innen). Zur Relevanz von Emotionen für Polizeibedienstete und Polizei. In: Schnabel, Anne; Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Emotionen, Sozialstruktur und Moderne, S. 445-471. Springer VS, Wiesbaden 2012
- [73] Vertrauen Sie den folgenden Berufsgruppen? Hrsg.: Statista.com 2017
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1470/umfrage/vertrauen-in-verschiedene-berufsgruppen/> (abgerufen am 17.11.2017)
- [74] Thurm, F.: Polizeigewalt: Die Polizei, dein Feind und Helfer. Hrsg.: Zeit Online 2014
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-07/polizei-gewalt-kritik-empirische-forschung>, 7.7.2014 (abgerufen am 15.11.2017)
- [75] Tjong, S.: Krawalle und Anfeindungen. Kriege im Ausland werden auch hierzulande ausgefochten - selbst Robin Williams' Tod dient als Anlass. Hrsg.: Focus Online 2014
http://www.focus.de/politik/deutschland/krawalle-anfeindungen-mobbing-gaza-irak-ukraine-krise-und-kriege-werden-auch-in-deutschland-ausgefochten_id_4056142.html, 12.8.2014 (abgerufen am 17.11.2017)
- [76] Haube soll Polizisten vor Spucke schützen. Hrsg.: NDR 2017
<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Haube-soll-Polizisten-vor-Spucke-schuetzen-,spuckschutzhauben100.html>, 13.04.2017 (abgerufen am 21.11.2017)
- [77] Spuckattacken: Polizisten sollen Angreifern eine Haube überziehen. Hrsg.: Welt N24 2016
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article153041072/Polizisten-sollen-Angreifern-eine-Haube-ueberziehen.html>, 08.03.2016 (abgerufen am 21.11.2017)
- [78] Polizisten vertrauen auf Anti-Spucktüte. Hrsg.: Handelsblatt.com 2014
<http://www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/schutz-vor-aggressive-angreifer-polizisten-vertrauen-auf-anti-spucktuete/10993880.html>, 18.11.2014 (abgerufen am 21.11.2017)
- [79] Blickpunkt Sicherheit. Infektionsrisiken reduzieren beim Einsatz in Asylunterkünften. Infoblatt Nr. 09 des Sachgebietes1 „Feuerwehren und Hilfeleistungsorganisationen“. FEUERWEHR Einsatz:nrw 10 (2015), S. 43-46.
https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/Feuerwehr/FWM/FE_nrw_2015/FEUERWEHR_Einsatz_nrw_10_2015_UKNRW.pdf (abgerufen am 16.01.2019)
- [80] Schnee, P.; Unterberg, S.: Privatisierung von Polizeiaufgaben. Ein Rückzug des Staates? Hrsg.: Deutschlandfunk 2016
http://www.deutschlandfunk.de/privatisierung-von-polizeiaufgaben-ein-rueckzug-des-staates.724.de.html?dram:article_id=360178, 14.7.2016 (abgerufen am 14.11.2017)
- [81] Vetter, P.; Trentmann, N.: Polizei privatisiert DNA-Tests, Blitzer und Datenanalyse. Hrsg.: Welt N24 2015
<https://www.welt.de/wirtschaft/article148163281/Polizei-privatisiert-DNA-Tests-Blitzer-und-Datenanalyse.html>, 19.10.2015 (abgerufen am 14.11.2017)
- [82] Kleiber, D.; Renneberg, B.: Gesundheitsmonitoring in der Polizeidirektion 5 & Risikokonstellationen für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. - Kurzzusammenfassung -. Hrsg.: FU Berlin, Berlin 2014
http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/arbeitsbereiche/ppg/forschung/Polizei_PPGundKlinische/Kurzzusammenfassung-Polizeiprojekt_2013-2014.pdf (abgerufen am 28.11.2017)

Autorinnen:

Angelika Hauke und Ina Neitzner
Institut für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IFA)